



KLASSENKAMPF statt WAHLKAMPF

GEGEN DEN NOTSTAND DER REPUBLIK

AKTIONSZUG

1. Tag

Samstag 12.9.09
Daimler Wörth
(Auftakt: Kundgebung
ca.12.30) /
Heuchelheim / Wörth /
Karlsruhe

2. Tag

Sonntag 13.9.09
Karlsruhe / Pforzheim /
Ludwigsburg

3. Tag

Montag 14.9.09
Zuffenhausen - Porsche/
Stuttgart / Mettingen
(Kundgebung Daimler
Mettingen ca. 13.30) /
Esslingen / Göppingen /
Heidenheim

4. Tag

Dienstag 15.9.09
Donauwörth / Ingolstadt
(Kundgebung Audi ca.
13.30) / Regensburg

5. Tag

Mittwoch 16.9.09
Regensburg (Kundge-
bung BMW ca. 13.30) /
Nürnberg /
Bamberg - Bosch

6. Tag

Donnerstag 17.9.09
Bamberg / Schweinfurt
(Kundgebung SKF+ZF
Sachs Nordwerk ca.
13.30) / Aschaffenburg/
Hanau / Offenbach /
Frankfurt

7. Tag

Freitag 18.9.09
Offenbach (Kundge-
bung manroland 5.30) /
Frankfurt (Konstabler
Wache 10.00) / Rüs-
selsheim / Wiesbaden
(Kundgebung Federal
Mogul ca.13.00) / Neu-
wied / Köln

8. Tag

Samstag 19.9.09
Köln / Leverkusen /
Düsseldorf / Duisburg/
Mülheim



9. Tag

Sonntag 20.9.09
Mülheim / Oberhausen/
Essen / Gelsenkirchen/
Bochum / Dortmund /
Münster / Osnabrück

10. Tag

Montag 21.9.09
Osnabrück (Kundgebung
Karmann ca.13.30) /
Minden / Hannover

11. Tag

Dienstag 22.9.09
Hannover / Hildesheim/
Salzgitter (Kundgebung
VW ca.13.30) / Braun-
schweig /Hankensbüttel

12. Tag

Mittwoch 23.9.09
Hankensbüttel / Wolfs-
burg (Kundgebung VW
ca. 13.30) / Gifhorn /
Celle / Soltau / Roten-
burg / Bremen

13. Tag

Donnerstag 24.9.09
Bremen (Kundgebung
Daimler Bremen 13.30)/
Hamburg

14. Tag

Freitag 25.9.09
Hamburg / Norderstedt
(Kundgebung Junghein-
rich ca. 11.30) / Schwerin

15. Tag

Samstag 26.9.09
Schwerin / Potsdam
(Kundgebung Breitstr.
Ecke Dortustr. ca.15.00)/
Berlin

16. Tag

Sonntag 27.9.09
Berlin
**FINALE
REICHSTAG
von 17.00 bis 19.00**



vom 12.9. QUER DURCH DIE REPUBLIK bis 27.9.

Aktionsbüro: „Klassenkampf statt Wahlkampf-Gegen den Notstand der Republik“

Information-Kontakt : Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt, Mail: R@inerHerth.de

Druck und Verlag: Das Freie Buch · Tulbeckstr. 4 · 80339 München

12 Arbeiter von Daimler Bremen:

Ich bin dabei bei der Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf-Gegen den Notstand der Republik...

... weil ich mich nicht mit einem Kreuzchen alle 4 Jahre abspesen lassen will, das mich daran hindern soll, gegen Sozialraub, Massenentlassungen, Staatsumbau und Krieg den Kampf zu führen;

... weil ich nicht bereit bin, die Entscheidung über unser Leben, über Krieg und Frieden in dieser Welt den Milliardären und ihren Politikern zu überlassen.

Gerhard Kupfer

(Mitglied der IGM-Vertrauenskörperleitung, des BR und IGM-Delegierter)

... weil die Regierenden trotz der Gegenmehrheit in der Bevölkerung die Bundeswehr in den Krieg nach Afghanistan schicken und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren gegen die eigene Bevölkerung planen und umsetzen.

... weil ich in Sorge bin, dass von diesem Land aus wieder die Brandfackel des Krieges in alle Welt getragen wird.

Gerwin Goldstein

(Vertrauensmann der IGM, BR und IGM-Delegierter)

... weil ich die Schnauze schon lange gestrichen voll habe von dicken, fetten und korrupten Politikern, die sich einen Dreck scheren um die Rechte und die Gesundheit von Arbeitern, sowie auch um Arbeitsplätze.

... weil ich genug habe von der Bevormundung. Es wird Zeit, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Ralf Wieland

(Arbeiter und IG Metall)

... weil die Volksvertreter sich von der Basis der vielen Menschen, von Jung und Alt, entfernt haben und ihre Gesetze gegen uns machen und anwenden.

... weil die „Agenda 2010“, die Rente mit 67 und die Gesundheitsreform unser aller Zukunft belastet und uns schadet!

... weil die Verursacher der Krise ungeschoren davon kommen und weiter ihr Unwesen treiben und sich aus den Staatshilfen bedienen und bereichern wollen!

Herbert Mogck

(IGM-Vertrauensmann, BR, IGM-Delegierter)

...weil man heute schon wieder sagen muss: NIE WIEDER KRIEG!

... weil ich nicht zum Sklaven und zur Marionette der Reichen gemacht werden will.

... weil ich nicht bis 67, bis zum Tod arbeiten will und weil ich ein Einkommen zum Auskommen will.

... weil es noch 1000 andere Gründe gibt.

Also: Völker (Leute) macht alle

mit! Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, ist schon k.o.

Frank Mattissen

(Arbeiter und IG Metall)

... weil wir nur als Arbeiter (Proletarier) zusammen stehen und auch nur so kämpfen können. Also als Arbeiterklasse! Die Kapitalistenklasse macht in Zeiten der Krise sowieso was sie will. Der Sozialpartnerschaft zwischen Staat, Kapital, Regierungsparteien und Gewerkschaften muss schnellstens ein Ende bereitet werden. Ein Systemwechsel vom maroden Kapitalismus zum neuen, jungfräulichen Sozialismus ist längst überfällig.

Jochen Kohrt

(BR, Vertrauensmann, IGM-Delegierter)

... weil die beschlossenen Gesetze gegen und nicht für das Volk gerichtet sind.

... weil die Krise auf das Volk abgewälzt wird und die Krisenverursacher noch geschont und belohnt werden.

... weil sie die Massenarbeitslosigkeit mit Zeitarbeit vertuschen und die Menschen unter Sklavenbedingungen arbeiten. Das ist nicht menschenwürdig. Wasser predigen und Wein trinken – das ist Volksverarschung.

Murat Göcer

(Arbeiter und IG Metall)

... weil dieses System gegen die Arbeiter gerichtet ist.

... weil schon wieder, wie in der Geschichte schon mal, Arbeiter gegen Arbeiter in den Krieg geschickt werden (siehe heute die weltweiten Einsätze der Bundes-

fassung: Es ist unsere PFLICHT als Arbeiter und Gewerkschafter, den Militarismus im Keim zu ersticken.

Frank Kotte

(IG Metall Vertrauensmann, BR)

... weil es wichtig ist, die Dinge öffentlich zu machen, die uns die anderen verschweigen.

... weil wir Arbeiter uns einmischen müssen. Es wird sich an unserer Lage im System nichts ändern, wenn wir uns nur beklagen.

Sascha Heiner

(BR, IGM-Delegierter)

... weil die Aktion eine schlagkräftige Antwort auf den Klassenkampf der Kapitalisten ist, den diese täglich und verstärkt gegen uns führen. Gerade jetzt in der Krise durch Einschüchterung, Lohnraub und Entlassungen, die Massenentlassungen stehen uns noch bevor. Durch ihren Staat, den sie die Krise zahlen lassen, mit Geld, welches sie uns aus der Tasche ziehen und noch ziehen werden, die tatsächliche Rechnung haben sie uns noch gar nicht vorlegt. Durch einen Staatsumbau, der die Demokratie in ihren Grundfesten erschüttert; Umbau des BGS zu einer paramilitärischen Bundespolizei, Umbau des BKA zu einer Geheimpolizei, Umbau der Bundeswehr zu einer Angriffskriegsarmee mit einem flächendeckenden, militärischen „Heimatschutz“ nach innen. Die bürgerliche Republik befindet sich im Notstand: Dagegen hilft nur unser Klassenkampf!

Julia Nanninga

(Vertrauensfrau der IGM und IGM-Delegierte)

... weil sich unser politisches System nicht für die Masse der Menschen bewähren wird. Viele Familien werden in ihm untergehen, wenn die Arbeiter nicht aufpassen und es verhindern werden. Sozial statt Renditen!

Jörg Häring

(Arbeiter der DaimlerAG und IG Metall)

... weil das Potsdamer Abkommen für mich keine Willkür am deutschen Volk war, sondern der Versuch, eine erneute Völkervernichtung, wie sie vor 70 Jahren begann, für immer und ewig zu verhindern.

... weil ein Grundgesetz, das zum Schutze des Volkes dienen sollte, durch Gesetzes-

bruch so verändert wurde, dass es wieder möglich ist, eine menschenverachtende Zusammenlegung von Polizei und Geheimdiensten zu machen, sowie auch die Unterordnung ziviler Einrichtungen, wie THW, Feuerwehr, Rotes Kreuz, usw. unter Bundeswehrkommando. Das macht mir Angst!

Uwe Müller

(IG Metall Vertrauensmann, BR, IG Metall-Delegierter)



wehr und die drohenden Einsätze nach Innen).

... weil die in einer Nacht- und Nebelaktion geänderten Gesetze nur der Kriegsvorbereitung dienen (siehe „Weißbuch“ der Bundesregierung).

Genau deswegen bin ich der Auf-



Vertrauensleute

SIEMENS Schaltanlagenwerk Frankfurt

Am 05. Juli hat die Bundeskanzlerin erstmals den Tapferkeitsorden an Soldaten verliehen, die insbesondere bei Auslandseinsätzen "weit über das normale Maß der Pflichterfüllung hinausgegangen sind". Die Parallelen zum Eisernen Kreuz der Nazis sind nicht zu übersehen. Das ist ein weiteres Mosaiksteinchen, welches beweist, dass die Bundesrepublik zu einer kriegführenden Nation geworden ist. Jetzt hat wohl Jeder verstanden, dass die Einsätze in Afghanistan nicht humanitär sind. Auch wollen deutsche Reeder Bundeswehresoldaten für die Bekämpfung von Piraten vor Somalia an Bord ihrer Schiffe holen. Innenminister Schäuble will dafür möglicherweise das Grundgesetz ändern. Das klingt verdächtig nach einem neuen Versuch, den Einsatz des Militärs im Innern gegen die eigene Bevölkerung zu legitimieren.

Wir sind nicht damit einverstanden, dass sich die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee – so jedenfalls steht es im Grundgesetz - zu einer Einsatzarmee wandelt. Deswegen sind wir am 18.09.2009 bei dem LKW-Korso "Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik" dabei.

„Schließt Euch an!“

Zwei Mal haben die deutschen Konzerne und Großbanken in den letzten 100 Jahren Weltkriege zur Eroberung Europas und der Welt vorbereitet und geführt.

Zwei Mal waren es die Arbeiter und klassenbewussten Gewerkschafter sowie die Völker Europas und der Welt, die die Weltkriege beendeten.

Zwei Mal verdiente Daimler am Krieg – zwei Generationen von Daimler-Arbeitern bezahlten wie so viele andere mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben.

Zwei Mal ging den verheerenden Kriegen eine Weltwirtschaftskrise voraus.

Die Gefahr besteht, daß das Großkapital die heutige Weltwirtschaftskrise löst, wie es die große Krise von 1929 löste: Durch Krieg und Faschismus.

Schon wieder wird das deutsche Militär aufgerüstet, schon wieder führt es Kriege in aller Welt. Wir fürchten, dies sind Vorboten eines dritten Weltkriegs.

Mit großer Sorge sehen wir heute den Umbau des Staates, wie er aufgrund der schlimmen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlerfaschismus nie wieder sein durfte: Den Aufbau einer verbotenen Geheimpolizei und einer

Bundespolizei, die im ganzen Land eingesetzt wird.

Die Herrschenden fürchten unseren Kampf gegen Ausbeutung und Krieg und stationieren tausende Bundeswehr-Reservisten in allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten und militarisieren die zivilen Hilfsorganisationen. Die Bundeswehr macht sich in den Arbeitsämtern breit und sie macht die Schulen und Universitäten unsicher. In alter Tradition besetzt das Militär mit öffentlichen Gelöbnissen und Aufmärschen hunderte von Plätzen der Republik. Der verbotene Einsatz der Bundeswehr im Inland erinnert an den alten Schlachtruf „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“.

Dagegen halten wir es mit August Bebel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“

Wir müssen noch mehr aufklären, wachrütteln und den Widerstand organisieren. Deswegen unterstützen wir die Aktionseinheit „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“. Schließt euch an!

Wolfgang Förster

Vorsitzender VKL

Daimler Benz Werk Wörth/GLC

20.8.2009

Liebe Mitstreiter



IG Metall

Vertrauenskörperleitung

manroland Offenbach

Wir begrüßen die Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik! Besonders freuen wir uns, dass dieser Zug am 18. September 2009 vor den Fabrikatoren von manroland in Offenbach zu sehen sein soll. Wir wünschen uns und euch dafür den größtmöglichen Erfolg!

Bereits im Jahre 2007 hat die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Offenbach einen Antrag der VKL für den 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall verabschiedet.

Darin warnten wir vor den zahlreichen „Maßnahmen zu einem Um- und Ausbau des Staatsapparates“, die in ihrer Summe eine Gefahr darstellen, „die das Gesicht der Republik verändern werden“ und benennen unter anderem:

- Neben den immer häufigeren Einsätzen der Bundeswehr in anderen Ländern kommt jetzt der Einsatz nach Innen – vielleicht auch gegen Streikende.

- Als Folge der Verbrechen des faschistischen Deutschlands wurde eine Bundespolizei verboten. Dieses Verbot hat Verfassungsrang – nicht aber für die Regierung. Sie hat den

Bundesgrenzschutz jetzt auch offiziell zur Bundespolizei gemacht. Diese verfassungswidrige Bundespolizei praktiziert die Zusammenarbeit mit zivilen und militärischen Geheimdiensten, dem BKA, der Bundeswehr und anderen Organisationen. Ein weiterer Verstoß gegen die Verfassung, die eine Zusammenarbeit und Zentralisierung des Staatsapparates verhindern will. Die „Assoziation mit dem Reichssicherheitshauptamt“ war selbst dem ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Werthebach zu deutlich.

Die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“ ist ein hervorragendes Mittel, die Angriffe gegen uns bekannt zu machen und den Widerstand dagegen zusammen zu führen und zu organisieren.

Mit kämpferischen Grüßen für die Vertrauenskörperleitung

Rainer Herth
VKL-Vorsitzender

„Wir stellen fest...“

In verschiedenen Sitzungen haben wir uns mit dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren und Maßnahmen wie der BKA-Reform, der Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten und dem Auf- und Ausbau der Bundespolizei beschäftigt.

Wir stellten dabei fest, dass vor unseren Augen ein gewaltiger Umbau des staatlichen Gewaltenapparats im Gange ist, der die Demokratie in diesem Land zerschlägt und die Kriegsgefahr verschärft. Es ist höchste Zeit, hier Gegenwehr zu leisten. Dieser Kampf kann nur mit Beteiligung der Gewerkschaften machtvoll geführt werden, so wie in den 60er Jahren der Kampf gegen die Notstandsgesetze von zehntausenden von Kollegen geführt wurde.

Heute werden die Notstandsgesetze nicht nur umgesetzt, sondern durch eine Reihe von durchgeführten Maßnahmen sogar noch bei weitem übertroffen. Das Wissen darum muss weiter getragen werden, um sich in politischem Widerstand entfalten zu können, bevor es erneut zu spät ist.

Auch wir befassen uns mit diesen Themenkreisen und begrüßen deshalb die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik“.

Wir sehen darin eine Möglichkeit, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben ebenso wachzurütteln wie alle anderen Menschen, die an Faschismus und Krieg kein Interesse haben

ver.di
Bezirksfachbereichsvorstand 9
Mittelfranken

Erklärung

der Teilnehmer der

Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

am 15./16. März 2008 Frankfurt/Main Gewerkschaftshaus

Wir, Arbeiter und Gewerkschafter, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von ver.di und anderen DGB-Gewerkschaften sind am 15. und 16. März 2008 im Frankfurter Gewerkschaftshaus zusammen gekommen, um erstmals gemeinsam über unseren Kampf gegen den NOTSTAND DER REPUBLIK zu beraten.

Uns - Arbeiter und Gewerkschafter, ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder Parteilos - vereint die Sorge und die daraus folgende Verpflichtung, wie sie das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, anlässlich der Notstandsgesetze der 60iger Jahre wie folgt zum Ausdruck gebracht hat: „Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität – die Diktatur hinter der Fasade formaler Demokratie“.

Auf unserer Konferenz haben wir erörtert, was den Unterschied ausmacht zwischen dem Notstand der Demokratie von damals zu heute, wo der Notstand vom Ausnahmezustand zum täglichen Normalzustand, zum Notstand der Berliner Republik geworden ist. Dabei sind wir zu folgenden Festlegungen gekommen:

- *Wir sind dagegen*, dass eine Bundespolizei, wie sie nach der Niederschlagung des Faschismus zu Recht verboten wurde, errichtet wird, mit nur einem Ziel: Die Fabrikanten zu schützen und uns am Boden zu halten.
- *Wir sind dagegen*, dass eine verbotene Geheimpolizei aus Polizei und Geheimdiensten nach dem Prinzip der Gestapo errichtet wird, die in den Fabriken und anderswo die Bespitzelung, Verfolgung und auch Verhaftung der Arbeiter und Gewerkschafter organisiert, um die für unseren gemeinsamen Kampf so notwendige Einheit der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter zu zerschlagen.
- *Wir sind dagegen*, dass eine verbotene militärische Heimatschutztruppe aus Bundeswehr-Reservisten flächendeckend errichtet wird, die weder Heimat, noch unser Leben schützt. Die vielmehr angetreten ist, die Kriegsvorbereitungen und Raubzüge der großen Konzerne durch die Friedhofsruhe an der Heimatfront abzusichern und unseren Widerstand gegen das Elend des Krieges zu unterdrücken.
- *Wir sind dagegen*, dass der Staat der Rüstungsschmieden, Monopolherren und Großbanken das deutsche Militär im eigenen Land gegen uns und die Bevölkerung einsetzt und Krieg gegen uns führt.

- *Wir sind dagegen*, dass aufgrund der Einverleibung der DDR die Brandfackel des deutschen Krieges nach Europa und in die Welt getragen wird, was uns heute schon Milliarden und morgen unser Leben kosten wird.

Darüber hinaus haben wir uns ausgetauscht über unsere Aktivitäten in Vertrauenskörpern, Gewerkschaftsversammlungen, auf den Gewerkschaftstagen und auf der Straße zu diesen Themen und wir haben die Notwendigkeit festgestellt, unseren Kampf zu verstärken und zu koordinieren.

Im Einzelnen hat die Konferenz folgende Schritte festgelegt: Wir wollen unsere Zusammenarbeit festigen

- durch die Einrichtung eines Arbeits- und Koordinationsausschusses gegen den Notstand der Republik, der dies organisatorisch absichert und der künftige gemeinsame Aktivitäten und Aktionen koordiniert,
- durch organisierten Austausch sowohl von Informationen und Referenten, als auch über unsere jeweiligen Aktivitäten zum Thema,
- durch weitere Konferenzen, sobald sie erforderlich werden, um den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Notstand der Republik zu verbreitern.

Mit ihrem völkerrechts- und verfassungswidrigen Umbau des Staatsapparats erklären die Herrschenden uns Arbeiter und Gewerkschafter, das ganze Volk zum Feind. Aus diesem Grund verpflichten sich die Teilnehmer dieser Konferenz, alles in ihren Kräften stehende zu tun, dass unsere Gewerkschaften ihr „historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachwalter der Demokratie in diesem Land ernst genommen zu werden“ (Georg Benz im Oktober 1966) mit allen Mitteln – bis hin zum Streik (s. § 2 der Satzung der IG Metall) – in die Hand nehmen. Wir rufen alle Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter auf, diesen Kampf in ihren Betrieben, in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern und in den anderen Gremien ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.

16. März 2008

Arbeits- und Koordinationsausschuss

der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

Mitglieder und Vertreter von/aus:

Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und ver.di Frankfurt / Arbeitskreis Staatsumbau der IG Metall Hamburg / Mitglieder des Sekretariat für Betrieb und Gewerkschaft des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD / Vertrauenskörperleitung Daimler Wörth / Vertrauenskörperleitung MAN Roland Offenbach / Vertrauenskörperleitung Jungheinrich Norderstedt / Vertrauensleute BMW Regensburg / Vertrauensleute Daimler Bremen / Vertrauensmann Areva Regensburg

Zweimal seit der Reichsgründung 1871 folgte die deutsche Politik dem gleichen Muster: unter gleichzeitiger Aufrüstung im Innern erst Vorherrschaft über Europa, dann Weltmachtanspruch, dann Krieg. Heute ist Deutschland wieder die stärkste ökonomische Macht in Europa. In der nach Osten erweiterten Europäischen Union werden die alten Mitteleuropapläne Wirklichkeit, für die Wilhelm II. noch vergeblich kämpfte. Der Anspruch gegen die Welt ist im „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ unmissverständlich formuliert: die Durchsetzung des „freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstandes.“ Daran wird gearbeitet – nicht nur im afghanischen Krieg.

Im Innern werden unter dem Vorwand von „Sicherheit und Terrorbekämpfung“ im scharfem Tempo verfassungswidrige Rechtsänderungen vorangetrieben. Sie eignen sich kaum zur Terrorabwehr, sehr wohl allerdings zum Vorgehen gegen eine Arbeiter- und Bürgerbewegung. Sie gehen mit einem grundlegenden Staatsumbau einher. Nach dem Grundsatz „auf den Müll mit den grundlegenden Lehren aus dem deutschen Faschismus“ wird die Trennung von vollzugspolizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben,

„Zweimal endete solche Politik in der Katastrophe ...“

von äußerer und innerer Sicherheit, von polizeilichen und militärischen Aufgaben aufgehoben. Die Zusammenführung und Zentralisierung der eigentlich strikt zu trennenden Aufgaben hat inzwischen ein behördliches Ungetüm hervorgebracht, das man „Bundessicherheitshauptamt“ nennen könnte. Im gleichen Schritt entstehen hunderte von Heimatschutzkommandos zur Mobilisierung von Reservisten und Zivilbevölkerung, Diese Organisation braucht ein Staat zur Kriegsführung.

Zweimal endete solche Politik in der Katastrophe und es scheint, als nähme das Unglück von Neuem seinen Lauf. 1918 versuchte die revolutionäre Arbeiter- und Soldatenbewegung das System abzuschütteln, das den Krieg verursacht hatte. Das scheiterte an ihrer Uneinigkeit. Die gleiche Uneinigkeit verhinderte es, den deutschen Faschismus und seinen verbrecherischen Terror zu stoppen. Wenn die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ auch nur ein Pflänzchen für den Aufbau einer Ein-

heit gegen die Zerschlagung von bürgerlicher Demokratie, gegen die Vorbereitung des Krieges, gegen den Notstand der Republik ist, ist sie schon ein Erfolg.

Gabriele Heinecke,
Rechtsanwältin

Stellungnahme
des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
zum Einsatz der Bundeswehr im Inland

Beschlossen auf dem II. Jugendaktivistentreffen am 09.11.08 in Hamburg

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, Geheimdienste und Polizisten arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, die Erwerbslosen sind entrechtet und die gesamte Bevölkerung wird in Daten erfasst und betriebe allumfassend überwacht. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik!

Aktuell ist geplant, den Artikels 35 des Grundgesetzes zu ändern, um dem Inlandseinsatz der Bundeswehr den Anstrich der Legalität zu geben. Der Artikel 35 regelt ursprünglich die Amtshilfe. Bereits 1968 wurde er im Zuge der Notstandsgesetzgebung um die Absätze zwei und drei erweitert, die den Einsatz des BGS und der Streitkräfte zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall möglich machen, jedoch ohne militärische Mittel. Nur und ausschließlich im Falle des Notstandes konnten militärische Mittel eingesetzt werden. Was jetzt passiert, ist, den Notstand zum Alltag zu machen, indem der Artikel 35 um zwei weitere Absätze ergänzt werden soll:

„(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen.“

„(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister.“

Was bedeutet das? Das ist der uneingeschränkte Inlandseinsatz des Militärs, mit allem, was dazu gehört: Schwere Maschinengewehre, Raketen, Sprengkörper, Panzer, Tornados und Kriegsschiffe. Dazu braucht es jetzt keinen Verteidigungsfall, keine Ausrufung des Notstands, ausreichend ist ein juristisch undefinierter Unglücksfall. Und er muss nicht einmal eingetreten sein, da von „Abwehr“ die Rede ist. Der vage Verdacht, dass ein besonders schwerer Unglücksfall eintritt, reicht aus, um die Bundeswehr gegen die Bevölkerung präventiv in Marsch zu setzen, z.B. bei Demonstrationen und Streiks. Darüber soll nicht das Parlament entscheiden, im Zweifelsfall nicht einmal die Bundesregierung, sondern ein einzelner Bundesminister. Das ist ein Ermächtigungsartikel und hat mit bürgerlicher Demokratie nichts mehr zu tun. Das ist Kriegsré! Das dürfen wir nicht zulassen!

Diese Grundgesetzänderung muss verhindert werden!
Nie wieder Soldaten gegen Demokraten!

Unterstützungserklärung der Freien Deutschen Jugend

Zu der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“

In einem Staat,
... der innerhalb von 20 Jahren
vom 15. Platz der stärksten Industriestaaten der Welt zu einer der ärmsten

**Wie werde ich Mitstreiter
Gegen den Notstand der Republik**

- **Probierst den Zug und werbt für ihn in Eurer Stadt - und vergisst keinen.**
Erklärungen, Flugschriften, Plakate und Broschüren, ...
erhaltet Ihr vom Aktionsbüro...
- **Sei Antifaschist der Tat, - komm mit!**
In den Wochen von 12. September bis zum 27. September.
Meldet Euch beim
Aktionsbüro: „Klassenkampf statt Wahlkampf-
Gegen den Notstand der Republik“

Information-Kontakt :
Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt,
Mail: R@inerHerth.de
[http:// www.Klassenkampf-gegen-Notstand-der-Republik.de](http://www.Klassenkampf-gegen-Notstand-der-Republik.de)

Regionen Europas geworden ist
... in dem binnen fünf Jahren 3 Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden
... in dem heute jeder Fünfte erwerbslos ist und jeder dritte Jugendliche unter der Armutsgrenze lebt

... in diesem Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, den sich die BRD vor 20 Jahren einverleibt hat – lernt man als Jugendlicher schnell, was Klassenkampf bedeutet:

20 Jahre Liquidation von Industrie und Landwirtschaft, Schließung von Kultur- und Bildungseinrichtungen, Zerschlagung des Sozialsystems und des ganzen Staates - das ist Klassenkampf des westdeutschen Kapitals gegen uns.

Heiner Fink
Vorsitzender der Vereinigung der
Verfolgten des Naziregimes / Bund der
Antifaschistinnen und Antifaschisten

Ich unterstütze die Aktion "Klassenkampf statt Wahlkampf - Gegen den Notstand der Republik", weil sie in dieser gesellschaftlichen Krisensituation hierzulande sehr notwendig ist. Weil sie nämlich aufklärt über eine Situation, die davon gekennzeichnet ist, daß die faschistische Gefahr zunimmt durch Demokratieabbau und Umbau des Staatsapparats. Dazu kommt noch, daß die Militarisierung mittlerweile alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt hat von den Schulen

Unsere Eltern kannten Klassenkampf nur aus dem Lehrbuch und hatten versäumt die Lehre in die Praxis umzusetzen. So wurde aus der Lehre eine Leere, die die Annexion durch die BRD erst ermöglichte und uns auf bzw. sogar hinter den Stand der Menschen in Westdeutschland zurückwarf.

Zurückwarf auch auf eine formale Demokratie, die uns vorlügt, wir könnten alle vier Jahre über Krieg und Frieden entscheiden, über unsere Arbeit und das Essen auf dem Tisch, ohne die Waffen, die Fabriken, die Wohnhäuser und die Kohlegruben zu besitzen. Zurückwarf auch von einer Demokratie der Millionen auf eine Demokratie der Millionäre - einem Mäntelchen an Demokratie, das von den Kapitalisten je nach Bedarf auch leicht wieder abgelegt werden kann. Ein Mäntelchen, das sie, um die DDR zu annektieren mindestens schon mal aufknöpfen mussten, unter dem es ihnen, jetzt in der Weltwirtschaftskrise erst recht ziemlich heiß wird.

Die BRD ist seit der Annexion der DDR nicht mehr die alte und auch die Lage der Jugend in Westdeutschland hat sich rapide verschlechtert. Das größer gewordene Deutschland rüstet sich zum Krieg nach innen und außen – die offene terroristische Diktatur und ein weltweites Gemetzel unten den Großmächten droht mehr denn je. Deswegen kämpft die FDJ in der BRD und der annektierten DDR gegen Faschismus und Krieg, gegen die Annexion der DDR und den deutschen Imperialismus. Deswegen unterstützt sie die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“.

über die Arbeitsämter bis hin zu den Rathäusern, bis hin zur Übung des Bundeswehreinsetzes gegen streikende Arbeiter.

Dem Inhalt zu gebieten ist nur über Alters- und Organisationsgrenzen hinweg möglich.

Diese Aktion leistet einen Beitrag dafür, und ich wünsche ihr einen guten Verlauf!

Inge Höger
Mitglied des Bundestags – Die Linke

"Flächendeckend wird in Deutschland die sogenannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit organisiert. Im Katastrophenfall werden alle Kräfte dem Militär untergeordnet, unabhängig davon, ob es sich um eine Naturkatastrophe, Epidemie oder einen Krieg handelt. Organisiert wird das von Vertretern des Reservistenverbandes der Bundeswehr, wo sich viele tummeln, die einfach nicht vom Militär lassen können. Gegen die Durchmilitarisierung der Gesellschaft, gegen die Bundeswehr an Schulen, gegen die Unterordnung aller zivilen Einrichtungen unter ein militärisches Kalkül müssen wir aufstehen! Deshalb unterstütze ich den LKW-Konvoi gegen den Notstand der Republik."

Liebe Freunde,
wir als sozialistischer Kinder- und Jugendverband müssen feststellen, wie die Angriffe auf die Demokratie und die Militarisierung nach Außen und nach Innen in diesem Land massiv stärker werden. Nicht zuletzt die derzeitige Weltwirtschaftskrise verschärft die Entwicklung nocheinmal gewaltig. Der Kampf dagegen ist dringender denn je nötig, alleine mit dem Wahlkreuz kann er aber nicht geführt werden. Eine Möglichkeit ihn zu führen und die notwendigen Kräfte in der Einheitsfront und Aktionseinheit zu bündeln ist die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf-Gegen den Notstand der Republik“ zur Bundestagswahl 2009.
Als Regensburger Falken begrüßen wir diese Aktion und versuchen, sie vor Ort nach unseren Kräften zu unterstützen.
Mit solidarischen Grüßen

Udo Mittler
Kreisvorsitzender SJD-Die Falken
KV Regensburg



Foto: Gegen das Militär-Gelöbnis auf dem Münchner Marienplatz 30.Juli 2009
„Es gibt in der deutschen Geschichte keine einzige positive Erfahrung aus dem bewaffneten Einsatz von Militär im Inneren. Immer endete es in politischer Unterdrückung oder im Morden ...“
Martin Kutz: Direktor an der Führungskademie der Bundeswehr - bis 2004 (SZ. 3.8.2009)



Norderstedt, den 12.08.2009

Der Vertrauenskörper der IG Metall bei der Jungheinrich AG im Werk Norderstedt begrüßt die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“

Auch wenn wir unser demokratisches Grundrecht der Wahl nutzen, um unserem Willen Ausdruck zu verleihen, wissen wir, dass gegen den schon durchgeführten Staatsumbau und gegen die weiteren Pläne der Gang zur Wahlurne allein nicht reicht.

Gerade wir als Gewerkschafter sehen es als unsere Pflicht auf diesen Staatsumbau hinzuweisen und gegen diesen Staatsumbau, diesen Notstand der Republik zu kämpfen. Auch der Gewerkschaftstag der IG Metall (2007) hat sich in mehreren Anträgen mit dieser Gefahr befasst und gewerkschaftliche Gegenwehr beschlossen: „Dem sozialen und politischen Notstand der Republik engagiert entgegen zu treten gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Gewerkschaften. Der Kampf um die sozialen Rechte kann ohne den politischen Kampf nicht mehr isoliert geführt werden.“

Auf den Wahlkampf der politischen Parteien können wir uns nicht verlassen, weil wir dabei schon zu oft hinters Licht geführt wurden. Die Akti-

Erklärung

des Vertrauenskörpers der IG Metall der Jungheinrich AG im Werk Norderstedt

on „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“ ist ein geeignetes Mittel, um auf diesen Staatsumbau hinzuweisen. Deshalb begrüßen wir diese Aktion.

Wir sind gegen:

- die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, wie sie in den gemeinsamen Terrorismusabwehrzentren praktiziert wird.

- die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei, wie sie von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst verboten wurde.

- die Ausweitung der Befugnisse des BKA hin zu einer verbotenen Geheimpolizei.

- einen Heimatschutz, der zivile Organisationen unter das Kommando der Bundeswehr stellt und Reservisten in

einem Maße organisiert, wie sie nur gegen uns Arbeiter und Angestellte gerichtet sein kann.

- den Einsatz der Bundeswehr im Ausland sowie im Inland außerhalb des Grundgesetzes.

- die verstärkte Rekrutierung durch die Bundeswehr in den Arbeitsämtern und Schulen.

- ein THW im Einsatz als Streikbrecherorganisation und als Nachhut für die Bundeswehr.

Jeder Euro, jeder Cent hilft!

Unterstützen Sie den Zug mit Geld; denn Sie wollen ja eine Republik, in der Sie leben können!

SPENDENKONTO

Klassenkampf statt Wahlkampf - Gegen den Notstand der Republik

K. Schmitt Postbank Essen
BLZ: 36010043 • Konto-Nr:
359071438

„Wir sehen mit großer Sorge ...“

Stellungnahme

von
Betriebsräten
und Vertrauensleuten
BMW Regensburg

Wir sehen mit großer Sorge, wie gerade in den letzten Jahren die Macht- und Gewaltmittel des Staates nach innen und nach außen massiv verschärft wurden - schon weit über die Notstandsgesetze der 60er Jahre hinaus. Wir sind dagegen.

Wir sind dagegen, dass gesetzes- und völkerrechtswidrig die Polizeien, die Geheim-

dienste gegen Widerstände, gegen erwartete „soziale Unruhen“ in Stellung gebracht werden. Wir sind dagegen, dass die Bundeswehr für den Einsatz gegen andere Länder und für den Einsatz nach innen aufgestellt wird. Der Einsatz auch gegen Streikende wird vorbereitet und geübt.

Wir sind dagegen, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr immer mehr in die Schulen und die Unis einzieht, um dort unsere Kinder als Söldner und als Kanonenfutter anzuwerben. Wir sind dagegen, dass das Militär in den Arbeitsagenturen Werbefeldzüge veranstalten und Rekrutierungsbüros einrichten und unterhalten kann. Wir sind dagegen, dass die Bundeswehr immer frecher den öffentlichen Raum, die Straßen und Marktplätze unserer Städte, Messen und Volksfeste in Beschlag nimmt, um dort militaristische Propaganda zu betreiben.

Der Staatsumbau, der Aufbau und die Aufrüstung des staatlichen Gewaltenapparats wird weiterhin ungehemmt vorangetrieben. Der Mangel an Wissen darüber in der Bevölkerung, auch in der organisierten Arbeiterbewegung ist erschreckend und politisch gewollt.

Wir begrüßen die Bündnisaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf. Gegen den

Notstand der Republik“, weil wir sie als Mittel zur Aufklärung über die katastrophale politische Entwicklung in diesem Land und als Instrument zur Organisation des Widerstandes dagegen sehen.

9 Arbeiter
(5 Betriebsräte, 4 Vertrauensleute)

„Treu dem Reich, Treu dem Land gegen den Bolschewismus“

Parole 1928

Heimatschutz:

- 1918 Heimatschutz gegen die Revolution eingesetzt
- 1919 Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
- 1920 Heimatschutz beim Kapp-Putsch: über 1.000 Arbeiter ermordet
- 1928 Heimatschutzmanöver, als Waldbrandübung getarnt
- 1956 Heimatschutz der Bundeswehr aufgebaut
- 2007 Heimatschutz mit Bundeswehr-Reservisten aufgebaut



Januar 1919: Technische Abteilung gegründet gegen Generalstreik

Sept. 1919: Technische Nothilfe als Streikbrecherorganisation

1920: Beteiligung am Kapp-Putsch

1932: TN+Reichswehr+Polizei Streiknieder-schlagung in der Weltwirtschaftskrise

1936: TN wird Hilfspolizei des Faschismus

1939: TN marschiert mit der Wehrmacht in den zweiten Weltkrieg

1945: TN wird von der Anti-Hitlerkoalition aufgelöst

1951: TN wird als Technisches Hilfswerk erneut aufgebaut

2008: THW schließt Kooperationsvertrag mit Bundeswehr

2008: THW schließt Kooperationsvertrag mit der verbotenen Bundespolizei





vom 12. September bis 27. September 2009

ERKLÄRUNG

der Teilnehmer der Zweiten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

am 28./29. März 2009 Frankfurt/Main Gewerkschaftshaus

Wir, Arbeiter und Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von ver.di und anderen DGB-Gewerkschaften sind am 28. und 29. März 2009 im Frankfurter Gewerkschaftshaus zum zweiten Mal zusammen gekommen, um über unseren gemeinsamen Kampf gegen den NOTSTAND DER REPUBLIK in Zeiten der tiefsten und schwersten Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems zu beraten und Aktionen der Einheitsfront gegen das Monopolkapital und seinen Staat zu schmieden.

Auf unserer ersten Konferenz im März 2008 haben wir – Arbeiter und Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Parteilose – den gesetz- und völkerrechtswidrigen Um- und Ausbau des deutschen Staats gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen Land sowie gegen die Völker und Staaten in Europa und der Welt enthüllt, die tieferen Ursachen durch die Einverleibung der DDR offen gelegt und Widerstandsaktionen organisiert.

Heute erschüttert die Weltwirtschaftskrise das gesamte System des Weltkapitalismus und jeder Gewerkschafter wird begreifen, wie aktuell und lebenswichtig unsere Warnungen der ersten Konferenz sind: Die milliarden-schweren Besitzer der großen deutschen Fabriken und Banken schützen sich gegen die Arbeiter und das Volk mit einer verbotenen Bundespolizei, mit der illegalen Geheimpolizei nach Gestapo-Prinzip, mit einem völkerrechtswidrigen militärisch-zivilen Heimatschutz, mit verfassungswidrigen Militäreinsätzen gegen uns und andere Völker.

Wir haben auf unserer Konferenz die wirtschaftlichen Ursachen und politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und den verschärften Notstand der Republik erörtert und gemeinsame Kampfmaßnahmen beschlossen.

Wir brauchen auch Dich und teilen euch mit:

In Erwägung,

dass die Weltwirtschaftskrise der Monopolkapitalisten Millionen Arbeiter und Werktätige in langandauernde Massenerwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger, Not und Elend bringt,

dass Millionen Erwerbslose, Hungernde und Geknechtete ihr Elend nicht ewig ertragen und die Kapitalisten mit dem Schlimmsten rechnen müssen - mit dem Klassenkampf der Arbeiter und dem Widerstand der Werktätigen,

dass die Handvoll Ausbeuter ihre Ausbeutung alleine nicht aufrechterhalten können, sondern zu ihrem Schutz ihren Staat und ihre Notstandsregierung brauchen mit Armeen, Polizeien, Geheimdiensten und Heimatschutz.

In Erwägung,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie einen weiteren Militärapparat mit Freikorps aus dem Boden stampfen, die wie 1918 die Novemberrevolution im Blut der Arbeiter ertränkten. Die wie 1920 zum Schutz der monarchistischen Kapp-Putschisten tausende Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose, Frauen und Kinder ermordeten. Die ein Sammelbecken der SA, des Hitlerfaschismus und des deutschen Völkermordens im Weltkrieg waren,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie das Technische Hilfswerk THW der Bundeswehr unterordnen. Die Fabrikanten und ihr Staat wollen das THW wie schon 1919 und in den Jahren danach zu einer „Streikbruchorganisation“ (Metall-

Zeitung 23/1953) machen,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die Vernichtung der Versammlungsfreiheit durch die Bundeswehr vorantreiben. In den letzten 4 Jahren beschlagnahmte das bewaffnete Militär über 800 Mal öffentliche Plätze,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die dritte Generation für den Raub fremder Länder, Menschen und Rohstoffe in den Schulen, Lehrwerkstätten, Arbeitsämtern, Universitäten rekrutieren,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die Gedankenfreiheit des Bürgers mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bedrohen.

In Erwägung, dass

die Berliner Regierung den Notstand der Republik vorantreibt auf der Grundlage der Einverleibung des völkerrechtlich souveränen Staates DDR. Dass sie auf Geheiß der Konzerne und Großbanken entscheidende Teile des Staates umbaut, wie er in Zeiten des Hitlerfaschismus war und wie er nach 1945 nie wieder sein durfte. Dass sie dadurch die Demokratie an den Rand zum Faschismus treibt.

In Erwägung, dass

das deutsche Großkapital Anfang des 20. Jahrhunderts auf der Basis seiner allgemeinen Krise die erste Weltwirtschaftskrise mit dem ersten Weltkrieg löste,

das deutsche Großkapital seine zweite Weltwirtschaftskrise mit dem zweiten Weltkrieg löste,

das deutsche Großkapital seine nächste Weltwirtschaftskrise mit dem dritten Weltkrieg zu lösen droht mit der Vernichtung von Millionen Menschen und ganzen Völkern.

In Erwägung, dass

wir kein drittes Mal erklären wollen: „Die Trümmer in unseren Städten, die Not und das Elend unserer Flüchtlinge und Arbeitslosen sind einzig und allein die Folgen der Kriege, der Diktatur und jener Wirtschaftsordnung, die uns die feudalen und die kapitalistischen Kräfte in Jahrhunderten aufzwingen. Diese Kräfte zerstörten immer wieder, was die arbeitenden Menschen unter Entbehrungen an Wohlstand geschaffen haben.“ Aufruf des DGB zum 1. Mai 1950.

Haben wir beschlossen,

dass wir die in Beratungen und Kämpfen des letzten Jahres aufgebaute Einheitsfront- und Aktionseinheit unbedingt festigen und erweitern gegen den Notstand der Republik.

Haben wir beschlossen,

dass wir in diesem Jahr die gemeinsame Aktion **Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik** von Arbeitern und Gewerkschaftern, von Jung und Alt, von Sozialdemokraten, Parteilosen, Sozialisten und Kommunisten auf den Straßen und Plätzen, von Fabrik zu Fabrik, von Stadt zu Stadt durchführen.

Ohne dass einer damit beginnt werden es die Gewerkschaften und insbesondere die Arbeiter im Betrieb schwerer haben, den Kampf aufzunehmen.

Damit die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt fordern wir euch auf:

Beteiligt euch in eurem eigenen Interesse und für eine schlagkräftige Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften im Herbst 2009 an der

Aktion:



Am **Wahlabend, dem 27. September 2009**, gegen 18.00-19.00 Uhr soll vor dem **Reichstag** in Berlin ein ungewöhnliches Stück Theater zu sehen sein: Das **Krisenstück „Neues aus Mahagonny“**.

Es ist ein ebenso aktuelles wie ungewöhnliches Stück Theaterkunst. Es verwendet Teile der 1930 uraufgeführten Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Bertolt Brecht und Kurt Weill. Vier Krisen werden auf diese Weise behandelt: Eine gewöhnliche. Dann die Weltwirtschaftskrise von 1929 – 32 samt Hitler und Weltkrieg. Die von 1966 – 67 samt der entgegengesetzten Antwort: der Rebellion, die nach der Krise ihren Höhepunkt erreichte (1968) und der BRD einige Jahre lang ihre demokratischste Zeit bescherte. Und die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise mit der Frage, wer wie auf sie antworten wird ...

Realisiert wird das Krisenstück vom Ensemble des Brecht-Jugendprojekt Bremen und der Agitproptruppe „Roter Pfeffer“ in der Verantwortung von Angela Kammrad, deren Brecht-Projekte mit Jugendlichen vom „Brotladen“ bis zu den „Tagen der Commune“ Furore machten.

Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik